Kabinett/Bodenschutzbericht

Kabinett/Bodenschutzbericht

Bericht zeigt Fortschritte beim Schutz der Böden Kabinett beschließt Dritten Bodenschutzbericht
Das Bundeskabinett hat heute den Dritten Bodenschutzbericht der Bundesregierung beschlossen. Insbesondere bei der Verringerung von Bodenbelastungen durch Schadstoffe konnten in den letzten Jahren deutliche Fortschritte erzielt werden. Die größte Herausforderung liegt laut Bericht derzeit darin, die Erosion durch Wasser und Wind, Verdichtung und Humusschwund aufzuhalten. Ohne Gegenmaßnahmen können diese Gefahrenquellen dazu führen, dass Böden ihre Aufgaben im Ökosystem nicht mehr ausreichend erfüllen können.
In den vergangenen Jahren lag der Schwerpunkt im Bodenschutz zunächst auf dem Umgang mit Bodenbelastungen durch Schadstoffe. Ziel war es, die von Schadstoffen ausgehende Gefahren für Mensch und Umwelt zu begrenzen. Hier konnten seit dem Inkrafttreten von Bundesbodenschutzgesetz und Bundesbodenschutzverordnung 1998/99 große Fortschritte erzielt werden.
Die Erfahrungen daraus werden ausgewertet und zu weiteren Verbesserungen genutzt.
Als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen sind Böden eine wichtige Ressource und haben eine hohe Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Sie dienen der Entwicklung von Städten, Dörfern, Gewerbegebieten und Infrastrukturmaßnahmen. Gleichzeitig sind Böden empfindliche Systeme, die für viele Formen von Belastungen durch den Menschen anfällig sind.
Veränderungen laufen in der Regel sehr langsam ab und sind meist nur schwer erkennbar. Sind jedoch erst einmal Schäden eingetreten, sind sie oft nur in geologischen Zeitmaßstäben zu beheben - wenn überhaupt.
Der Deutsche Bundestag hatte am 26.10.2000 die Bundesregierung aufgefordert, einmal pro Legislaturperiode einen Bericht über die erzielten Fortschritte im Bereich des Bodenschutzes vorzulegen. Nach den beiden Berichten aus den Jahren 2002 und 2009 liegt nunmehr der dritte Bodenschutzbericht vor.
Dritter Bodenschutzbericht im Internet: www.bmu.de/N50121/

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Stresemannstraße 128-130
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 0 1888 305-0
Telefax: 0 1888305-2016
Mail: presse@bmu.bund.de
URL: http://www.bmu.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=535470" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, beschäftigt dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen rund 814 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.151 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern:das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten.Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.